



Deutschland ist eins: vieles.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg  
zur Aufarbeitung der Folgen  
der kommunistischen Diktatur

**Stefanie Wahl**

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3  
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16  
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de  
www.aufarbeitung.brandenburg.de

## Pressemitteilung Nr. 31 vom 7. Dezember 2020

### Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ heute in der Bundespressekonferenz

#### Dr. Maria Nooke nimmt als Mitglied der Kommission zu den Ergebnissen Stellung

Nach eineinhalbjähriger Tätigkeit beendet die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ihre Arbeit und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit vor. Zu den 22 Mitgliedern aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur gehörte die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg, Dr. Maria Nooke: „Es war mir ein wichtiges Anliegen, die Perspektive der ostdeutschen Demokratiebewegung und der von politischem Unrecht in der Zeit der SBZ/DDR Betroffenen in die Kommissionsarbeit einzubringen. Es galt Ideen zu entwickeln, wie die Erfahrungen vom Einsatz für Freiheit und Demokratie und das Bewusstsein für das im Transformationsprozess Erreichte für den Zusammenhalt der Menschen in Deutschland nutzbar gemacht werden können.“

Wesentliche Aufgabe der Kommission waren die Gestaltung der Feierlichkeiten zu den Jubiläumsjahren und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung für die weitere Ausgestaltung der Deutschen Einheit. Neben den Veranstaltungen zur Würdigung zentraler Ereignisse von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit und den Ost-West-Begegnungen bzw. -Dialogen, die wegen der Pandemie zum Teil in digitalen Formaten umgesetzt wurden, diskutierte die Kommission thematisch einschlägige Sachverhalte. Dazu wurden wissenschaftliche Expertisen zur gesellschaftlichen Situation und zu den Stimmungslagen in Deutschland eingeholt, die Dialoggespräche ausgewertet und ein Deutschlandmonitor zum Stand der Deutschen Einheit beauftragt. Aus den gewonnenen Erkenntnissen entwickelte die Kommission die vorliegenden politischen Handlungsempfehlungen. Sie zielen auf eine Stärkung der Demokratie durch Nutzung der Transformationserfahrungen und der Einbeziehung ostdeutscher Perspektiven. Dabei sollen die Lebensleistungen der vergangenen 30 Jahre in den Mittelpunkt gerückt und stärker im gesamtdeutschen Bewusstsein verankert werden. Vorgeschlagen werden Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit Ostdeutschlands, der Stärkung von Netzwerken und der Wettbewerbsfähigkeit. Kernstück der Empfehlungen ist die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“, in dem die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Das Zentrum soll aus drei Säulen bestehen: einem *wissenschaftlichen Institut* als Knotenpunkt anwendungsorientierter Transformationsforschung, einem *Dialog- und Begegnungszentrum* zum Austausch und zur Vernetzung von Erfahrungen und Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und einem *Kulturzentrum* als Ort, in dem die Erfahrungen des Aufbaus Ost sowie die Würdigung gesellschaftlicher und individueller Lebensleistungen in den Reformprozessen nach 1990 dokumentiert werden.

Dr. Maria Nooke hat sich als Aufarbeitungsbeauftragte besonders für die Stärkung der Kommunikation zwischen Ost und West eingesetzt und spricht sich für die Verstärkung der erfolgreichen Begegnungs- und Dialogformate aus: „Als wichtiges Ergebnis“, so die Aufarbeitungsbeauftragte, „werte ich neben den Ideen für die stärkere Einbindung ostdeutscher Erfahrungen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung auch die Empfehlungen für eine wirksamere öffentliche Würdigung ehemals politisch Verfolgter für ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie.“ Auf die Freiheits- und Demokratiebewegung von 1989/90 kann die gesamte Gesellschaft mit Stolz zurückblicken. Einigkeit und Zusammenhalt finden ihren Ausdruck auch in der Gestaltung von Gedenktagen und Erinnerungsorten der Demokratie sowie der Stärkung ihrer Symbole, wozu die Kommission konkrete Vorschläge macht.